

Mitgliedschaft der Stadt Landshut im Netzwerk Bio-Städte; - Bericht der Verwaltung

Gremium:	Umweltsenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	6	Zuständigkeit:	Referat 3
Sitzungsdatum:	27.01.2020	Stadt Landshut, den	13.01.2020
Sitzungsnummer:	34	Ersteller:	Herr Geiger

Vormerkung:

Im Sinne der Kooperationsvereinbarung des Netzwerkes Bio-Städte kann über folgende Aktivitäten im Jahr 2019 berichtet werden:

Netzwerk Bio-Städte

Das zweimal jährliche Netzwerktreffen fand am 09. und 10. Mai in der Stadt Landshut statt. Bürgermeister Dr. Thomas Keyßner begrüßte die Mitgliedstädte und nahm zeitweise an der Sitzung teil. Die Organisation eines Netzwerktreffens ist damit für die nächsten Jahre erledigt. In den Medien wurde über das Netzwerktreffen berichtet.

Ferner hat sich die Verwaltung bei der Erstellung eines Konzeptes für eine bundesweite Öffentlichkeitskampagne für das Netzwerk der Bio-Städte eingebracht. Es sollen die verschiedenen Zielgruppen, vom Verbraucher bis zu politischen Entscheidungsträger, über die Ziele und den Mehrwert des Netzwerkes angesprochen werden. Zusätzlich sollen die einzelnen Mitgliedsstädte durch einen verbesserten internen Materialpool und einen überarbeiteten Internetauftritt profitieren. Durch die Mitarbeit erhofft sich die Verwaltung eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit. Die auf Basis des Konzeptes von einem einschlägigen Marketingbüro erstellte Kampagne soll nun sukzessive umgesetzt werden. Für die Umsetzung stehen öffentliche Fördergelder zur Verfügung.

Um Fördergelder leichter und effizienter abgreifen zu können, wurde an der Gründung eines Fördervereines gearbeitet. Mit Beschluss Nr. 4 des Umweltsenates vom 18.12.2018 wurde dem Beitritt der Stadt Landshut zugestimmt. Nach einigen steuerrechtlichen Hürden konnte die Gründungsversammlung am 30.09.2019 in Frankfurt am Main durchgeführt werden. Die Stadt Landshut ist Gründungsmitglied.

In der Sitzung des Bezirksausschusses vom 22.10.2019 wurde das Netzwerk der Bio-Städte und die Aktivitäten der Stadt Landshut berichtet. Der Bezirk hat jüngst beschlossen, dem Netzwerk beizutreten und in eigenen Einrichtungen einen Bioanteil von 30 % anzustreben.

Öffentlichkeitsarbeit vor Ort

In Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz und der Fachschule für Agrarwirtschaft Ökologischer Landbau wurde wieder eine Führung durch das Versuchsfeld der Landbauschule angeboten. Der Schulleiter Herr Johann Schneck erläuterte die Besonderheiten des ökologischen Landbaus. Die Führung findet wieder am 22. Juni 2020 statt.

Bio-Lebensmittel in eigenen Einrichtungen

Laut Beschluss sollen durch geeignete Maßnahmen in einem ersten Schritt in den Tageseinrichtungen der Anteil an Biolebensmitteln kontinuierlich erhöht werden. Dies wurde durch die Ausschreibungen des Schulverwaltungsamtes und des Jugendamtes in 2019 entsprechend berücksichtigt.

Kitas

Die Stadt Landshut betreibt vier Kitas. Die übrigen Einrichtungen sind privat getragen. In der Kita „Kastanienburg“ wird selbst gekocht. Dort wurde die Verpflegung bereits bis auf Fleisch und Brot auf Bioqualität umgestellt. Die „Kinderkrippe an der Ingbert-Naab-Straße“ wird in der Aufbauphase von der „Kastanienburg“ in Bioqualität mit versorgt.

Für die Kitas „Kinderhaus an der Daimlerstraße“ und Kindergarten „Am Brauneckweg“ wurde das Catering europaweit ausgeschrieben. Auf Anraten des beauftragten Beratungsbüros wurde ein Mindestanteil von 30 % Bioanteil in der Leistungsbeschreibung vorgegeben und in den Zuschlagskriterien wurden weitere Punkte für höhere Bioanteile (31 – 50 %, 51 – 70 %, 71 – 90 % und > 90 %) berücksichtigt. Den Zuschlag erhielt ein Caterer mit einem Bioanteil bis 50 %. In der Anlaufphase entstand hinsichtlich der Qualität und Frische der gelieferten Essen eine gewisse Beschwerdesituation. In wie fern die Beschwerdesituation abgestellt werden kann bleibt abzuwarten.

Schulen

In einem Schreiben vom 23.02.2016 führt das Kultusministerium aus, dass die Organisation der Mittagsverpflegung bei Ganztagsangeboten an Schulen einvernehmlich im Zusammenwirken von Kommune, Schulseite (Schulleitung, Schulaufsicht) und ggf. Kooperationspartnern erfolgt. Es wurde die Abklärung weiterer Detailfragen angekündigt, die aber bis heute noch offen sind. Daher ist die Zuständigkeit der Schulverpflegung nicht abschließend geregelt.

Die bestehenden Cateringverträge für die Grundschulen Carl Orff, Karl-Heiß, Konradin / Auloh und St. Wolfgang wurden einvernehmlich aufgelöst und damit musste die Verpflegung kurzfristig neu ausgeschrieben werden. Da die Mittagsverpflegung Bestandteil des Mittagsbetreuungsangebots ist, erfolgte die Ausschreibung über das Schulverwaltungsamt. Auf Empfehlung des beauftragten Beratungsbüros wurde Bioqualität nicht zwingend in die Leistungsbeschreibung, sondern in die Zuschlagkriterien mit Punkten aufgenommen. Die Vorgehensweise ist sinnvoll, da der ohnehin sehr überschaubare Markt nicht zusätzlich eingeschränkt werden sollte. Den Zuschlag haben zwei regionale Caterer erhalten, die in 100 % Bioqualität liefern. Die Kosten gegenüber der bisherigen Versorgung sind um rund 10 % gestiegen. Dies ist aber auch wesentlich der Qualitätssteigerung geschuldet. In der Grundschule Landshut Berg wurde die Mittagsverpflegung auf Eigeninitiative der Schule an einen regionalen Biocaterer vergeben und damit auf 100 % Bioqualität umgestellt. Für die Grundschulen St. Nikola und St. Peter und Paul laufen bestehende Cateringverträge. Die Grundschule Seligenthal ist privat getragen und wird in Eigenleistung versorgt.

Die Ausschreibungen haben gezeigt, dass die Zahl der Bieter grundsätzlich und im Besonderen im Biobereich sehr überschaubar ist. Vorgaben zur Regionalität können im Vergaberecht ohnehin nicht berücksichtigt werden. Es ist zu hoffen, dass der Markt durch die Nachfrage entsprechend wächst. Wie langfristig eine frische gesunde regionale Verpflegung in Bioqualität gewährleistet werden kann, muss sich zeigen. Die zwingend vorgeschriebene europaweite Ausschreibung läuft diesem Ziel teilweise entgegen, insbesondere, wenn der Markt noch nicht ausreichend entwickelt ist.

Obstkiste für Personal und Stadtratssitzungen

Das Personalamt hat in dieser Angelegenheit 2018 Angebote eingeholt und Herrn Oberbürgermeister vor der Haushaltsplanaufstellung vorgelegt. Derzeit kostet die Obstversorgung der städt. Dienststellen (ohne Stadtwerke) 18.700 €. Angebotsanfragen haben ergeben, dass die Umstellung auf Bioqualität kosten in Höhe von 30.000 € bzw. 36.000 € betragen würden.

In der monatlichen Besprechung der Personalvertretung wurde mit Herrn Oberbürgermeister nach eingehender Beratung entschieden, dass eine Umsetzung aus finanziellen Gründen aktuell nicht möglich ist. Die Obstversorgung erfolgt aus dem Budget des Gesundheitsmanagements. Das Personalamt hat dargelegt, dass bei einer Verdoppelung des Angebotspreises die weiteren Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements ohne Erhöhung des Budgets nicht mehr umgesetzt werden können. Der Personalrat hat sich daher auch dagegen ausgesprochen.

Das Hauptamt teilte auf erneute Anfrage mit, dass an der bisherigen Verfahrensweise bei der Obstversorgung (gilt für Stadtrat und Mitarbeiter) aus finanziellen Gründen weiterhin festgehalten wird.

Erzeugung

Die Stadtwerke Landshut haben im Trinkwasserschutzgebiet (TWS) Münchnerau in der Schutzzone II mittlerweile 100 % und in der Schutzzone IIIa 70 % Ökolandbau umsetzen können. Nach dem das TWS-Gebiet Schlossberg nun rechtskräftig ausgewiesen ist, werden die Stadtwerke analog vorgehen, um im Schutzgebiet den Ökolandbau zu installieren. Erste Flächenankäufe haben bereits stattgefunden.

Hinsichtlich der Erzeugung darf an dieser Stelle auf einen Zielkonflikt hingewiesen werden. Entsprechend dem Beschluss Nr. 4 des Umweltsenates vom 18.12.2018 wird die Ansiedlung von Lebensmittelbetriebe aus der Bio-Branche begrüßt. In den Medien wurde wiederholt berichtet, dass die Stadt Landshut Flächen aufkaufte, die derzeit von Biogärtnerei Siebensee bewirtschaftet werden. Von rund 8 ha Ackerfläche wurden rund 5,5 ha aufgekauft, die mittel- oder langfristig der Stadtentwicklung vorbehalten sein sollen. Die Pachtverträge laufen nur noch fünf Jahre. Der Fortbestand der Biogärtnerei ist damit gefährdet. Die von der Biogärtnerei bewirtschafteten Flächen werden seit rund 30 Jahren nach den Kriterien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet und stellen diesbezüglich einen gewissen Wert dar. Zumindest mittelfristig ist der Zielkonflikt zwischen Stadtentwicklung und ökologischer Erzeugung zu lösen.

Ausblick

In der Sitzung des Umweltsenates vom 18.12.2018 wurde die Verwaltung gebeten, konkrete Zielvorgaben zu formulieren. Nach interner Abstimmung befürwortet die Verwaltung keine konkreten Prozentsätze wie sie oft üblich sind. Die Ausschreibungen haben ergeben, dass der Markt sich diesbezüglich entwickeln muss. Die Beschlusslage, nach der der Anteil von Biolebensmittel in eigenen Einrichtungen kontinuierlich erhöht werden müsse, gibt eine klare Entwicklung vor, die aber auch Rücksicht auf die Marktentwicklung nehmen kann. Analog ist auch die nachhaltige Beschaffung in der aktuellen Vergaberichtlinie der Stadt Landshut angelegt. Die konkreten Zielvorgaben anderer Mitgliedsstädte lauten in der Regel zwischen 10 bis 30 % und nur für einzelne Bereiche bis zu 50 %. Auch der Bund Naturschutz fordert eine Quote von „nur“ 30 %. Diese Quote ist in Kitas bereits aktuell weit überschritten. Dort, wo in der Schulverpflegung einvernehmlich das Schulverwaltungsamt für die Beschaffung zuständig ist, wurde die Quote aktuell auch weit übertroffen. Auf Einrichtungen privater Träger hat die Stadt keinen direkten Einfluss und kann keine Quote vorgeben. Im Klinikum und den Altersheimen könnte eine Quote vorgegeben werden, diese ist aber aufgrund der Kostenstrukturen sehr behutsam zu entwickeln. Im Ergebnis ist aus Sicht der Verwaltung die bisherige Beschlusslage sinnvoll und lässt sich öffentlich ebenso kontrollieren wie eine fixierte Quote.

Im Schulbereich der Mittel- und Wirtschaftsschulen sowie der Gymnasien wird weiterhin nach einer Schule Ausschau gehalten, die im Rahmen eines Pilotprojektes einen Anteil an Biolebensmittel einführt.

Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht des Referenten zu den Aktivitäten der Stadtverwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines Pilotprojektes in einer Landshuter Schule Biolebensmittel in der Schulverpflegung einzuführen.